

Niederschrift

über die 33. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Rates der Gemeinde Häuslingen am Donnerstag, dem 17. Juni 2010, um 20:00 Uhr, in Groß Häuslingen, Gasthaus „Glück auf“

Anwesend:

Bürgermeisterin	Dr. Kathrin Wrobel	- Vorsitzende -
Ratsherr	Jörn Dettmer	
Ratsherr	Torsten Gudehus	
Ratsherr	Mathias Dettmer	
Ratsherr	Gernot Boeck	
Ratsfrau	Sonja Kny	
Beigeordneter	Stephan Lüchau	
Ratsherr	Rolf-Joachim Rudolf	
SG-Bürgermeister	Cort-Brün Voige	- Verwaltungsvertreter –
	Annedore Blank	- Protokollführerin -

A. Öffentlicher Teil der Sitzung

TOP 1.) Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlußfähigkeit und der Tagesordnung

Bürgermeisterin Dr. Kathrin Wrobel eröffnet um 20:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Rates der Gemeinde Häuslingen. Sie begrüßt die Sitzungsteilnehmer, die Vertreter der Presse und die Zuhörer.

Zu der heutigen Sitzung wurde unter dem 31.05.2010 ordnungsgemäß eingeladen. Die Ratsmitglieder sind bis auf den Beigeordneten von Behr anwesend, der entschuldigt fehlt. Die Bürgermeisterin stellt die Beschlußfähigkeit des Rates der Gemeinde Häuslingen ausdrücklich fest.

TOP 2.) Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Häuslingen am 11.03.2010

Beschluß:

Der Rat der Gemeinde Häuslingen beschließt:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Rates der Gemeinde Häuslingen am 11.03.2010 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0

TOP 3.) Kenntnisnahme von eingetretenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Haushaltsjahr 2009 gem. § 89 NGO - Stand: 31.12.2009 - DS 05/2010

Die Bürgermeisterin erläutert dem Rat der Gemeinde Häuslingen die Zusammensetzung der überplanmäßigen Ausgaben im Haushalt 2009.

Da die Reparaturkosten für den Gemeindetrecker von Jahr zu Jahr steigen, gibt sie dem Rat zu bedenken, daß in absehbarer Zeit evt. über den Kauf eines neuen Traktors nachzudenken sei.

Beschluß:

Der Rat der Gemeinde Häuslingen beschließt:

Der Rat der Gemeinde Häuslingen nimmt von den im Haushaltsjahr 2009 – Stand: 31.12.2009 – eingetretenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben, zu deren Leistung im Rahmen der Vorschrift des § 89 NGO die Zustimmung erteilt wurde, Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0

TOP 4.) Festlegung der Struktur des künftigen doppelten Haushaltes; Beschluß des Produktplanes DS 06/2010

Die Bürgermeisterin stellt fest, daß jedem Ratsmitglied im Vorfeld eine Kopie des von Herrn Dehning erstellten Produktplans zugegangen ist.

In dieser Vorlage sind einige Positionen der alten kameralistischen Haushalts zusammengelegt worden und haben eine andere Bezeichnung erhalten. Der Produktplan sei nach der Vorgabe „So viel wie nötig, so wenig wie möglich“ erstellt worden, um den neuen Haushalt nicht zu überfrachten.

Ratsherr Gernot Boeck äußert, kein gutes Gefühl in Bezug auf diesen Plan zu haben, denn es bleibe seiner Meinung nach eine Vorgabe, an die man sich Seitens der Gemeinde zu halten habe. Ferner könne er einige Produktbezeichnungen nicht nachvollziehen.

Ratsherr Torsten Gudehus gibt zu bedenken, daß es keine wirtschaftliche Veränderung für die Gemeinde durch dieses Vorhaben gebe.

Die Bürgermeisterin äußert, daß es auch nach ihrer Meinung eher um eine Umbenennung und Umstrukturierung gehe, die aber nun einmal gesetzlich vorgegeben sei. Sie verspricht sich von dem neuen Haushaltswesen eine bessere Übersicht über die finanzielle Lage der Gemeinde.

Ratsherr Stephan Lüchau befindet die Vorgabe für gut und überschaubar.

Beschluß:

Der Rat der Gemeinde Häuslingen beschließt:

1. Die Gemeinde Häuslingen verzichtet auf die Aufstellung von Teilhaushalten. Die Produkte werden innerhalb des Ergebnishaushaltes und des Finanzhaushaltes abgebildet.
2. Der vorliegende Entwurf des Produktplanes wird beschlossen.
3. Auf die Darstellung von inneren Verrechnungen wird verzichtet.
4. Die Gemeinde Häuslingen führt zunächst keine Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) ein.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0

TOP 5.) Einrichtung einer gemeinsamen Krippengruppe für die Stadt Rethem (Aller) und die Gemeinden Böhme, Frankenfeld und Häuslingen DS 08/2010

Die Bürgermeisterin informiert den Rat über eine Begehung der CDU der Stadt Rethem der Kindertagesstätte „Rethemer Arche“. Die CDU Mitglieder befanden die Einrichtung einer Kinderkrippe im Rethemer Kindergarten als ein notwendiges und sinnvolles Vorhaben.

Um über die geplante Krippengruppe Informationen aus erster Hand zu erhalten, habe sie die Leiterin des Rethemer Kindergartens, Fr. Dörte Göritz-Timme, eingeladen.

Die Bürgermeisterin begrüßt anschließend Frau Göritz-Timme und die Leiterin des Häuslinger Kindergartens, Frau Ingrid Ohlmeier

Frau Göritz-Timme bedankt sich für die Einladung. Sie überreicht der Bürgermeisterin eine Liste von interessierten Eltern, die ihre Kinder zur Krippengruppe anmelden würden, sowie ferner eine Liste mit Elternwünschen in Bezug auf die Öffnungszeiten der Einrichtung.

Hieraus ergebe sich, daß die Eltern gerne eine Kernöffnungszeit von 8:00 bis 14:00Uhr in Anspruch nehmen würden. Einige Eltern würden sogar eine Öffnung bis 17:00 Uhr begrüßen.

Frau Göritz-Timme beschreibt im folgenden die Gruppenarbeit in der Kinderkrippe. Jeder Mensch habe Bedürfnisse, aber die der Krippenkinder seien besonders hoch: Sie brauchen noch mehr Streicheleinheiten als die Kindergartenkinder. Man benötige viel mehr Zeit für jedes einzelne Kind, sowie zusätzliche Zeit zum Wickeln und Füttern. Da viele dieser Kleinen noch nicht sprechen können, müsse in den Pausen und zwischendurch alles dokumentiert werden: Wie viel hat das Kind getrunken? Hat es gegessen, war es auf dem Töpfchen, wie oft wurde die Windel gewechselt, hat es viel geweint, wie oft ist es gefallen ? Und vieles mehr gebe es zu bedenken .

Die Elternarbeit nehme sehr viel Zeit in Anspruch und sei in diesem Bereich intensiver als in einer herkömmlichen Kindergartengruppe. Durch viele Treffen mit anderen Leiterinnen, die schon in diesem Bereich Erfahrungen gemacht haben, aber auch durch Studien in diesem Bereich, zeige sich eine immer größere Bedeutung der Betreuung durch eine Drittkraft. Dieses müsse nicht unbedingt eine Fachkraft, sondern es könne auch ein Zivildienstleistender oder eine Kraft aus dem Bereich Freiwilliges Soziales Jahr sein.

Ratsherr Mathias Dettmer fragt, ob bei der gewünschten Kernzeit ein Frühdienst erforderlich sei und ob dieser dann gesondert bezahlt werden müsse.

Frau Göritz-Timme antwortet, durch die Berufstätigkeit der Eltern mit Beginn 8:00 Uhr sei der Frühdienst zwingend erforderlich, auch müsse dieser gesondert gezahlt werden. SG-Bgm. Voige ergänzt, daß die Kosten für die Krippen ungefähr die Höhe der Kindergartengebühren betragen sollen.

Ratsherr Lüchau, Rudolf, Boeck und Dettmer sprechen sich für eine Öffnungszeit mit Frühdienst bis 14:00 Uhr aus.

Ratsherr Gudehus bleibt skeptisch, ob die Eltern bei ihrem Entschluß zur Anmeldung bleiben, wenn sie die genaue Gebührenhöhe erfahren. Ferner werde nach seiner Kenntnis im Moment seitens der Landesregierung über das Gesetz zur Einrichtung von Kinderkrippen diskutiert und eine Verschiebung des Stichtages nach 2013 erwogen. Er würde aus Kostengründen zunächst alles baulich vorbereiten und dann mit der Einrichtung einer Gruppe abwarten.

Die Bürgermeisterin verweist auf das bestehende Gesetz, das im Moment noch unverändert bindend sei. Ferner gehe es hier auch um Investitionskostenzuschüsse, von denen man nicht wisse, wie lange diese noch gewährt würden. Das wichtigste Argument für die Einrichtung einer Krippe sei jedoch die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gerade für junge Familien. Die Möglichkeit, die Kinder in der Krippe versorgt zu wissen, bringe diese Familien dazu, ihren Wohnsitz auf dem Land zu halten und nicht dem allgemein zu beobachtenden Trend zur Abwanderung in die Städte zu folgen.

SG-Bgm. Voige erläutert nochmals die Kosten für die verschiedenen Öffnungszeiten-Modelle in der Anlage zur Drucksache. Er verweist auch darauf, daß die Zeit für eine Entscheidung der Gemeinderäte dränge, wenn man das Vorhaben in 2011 umsetzen wolle. Dabei müßten sich die Räte auf den kleinsten gemeinsamen Nenner bei den Öffnungszeiten einigen.

Die Bürgermeisterin verabschiedet die Gäste und dankt für die Erläuterungen.

Beschluß:

Der Rat der Gemeinde Häuslingen beschließt:

Der Einrichtung einer gemeinsam genutzten Krippengruppe laut vorliegendem Entwurf wird zugestimmt. Die Krippengruppe soll mit einer Kernbetreuungszeit von 08.00 bis 14.00 Uhr eingerichtet werden. Als zusätzliche Sonderöffnungszeit wird ein Frühdienst von 7.30 bis 8.00 Uhr angeboten.

Nach Abzug der Investitionszuschüsse verbleibt für die Baumaßnahme und die Einrichtung der Krippengruppe voraussichtlich ein Eigenanteil in Höhe von ca. 19.000,00 Euro, der von den Gemeinden Böhme, Frankenfeld, Häuslingen und der Stadt Rethem (Aller) nach einem noch festzulegenden Schlüssel zu tragen ist. Über die konkrete Verteilung wird zu gegebener Zeit eine Vereinbarung zwischen den beteiligten Gemeinden getroffen. Diese Vereinbarung ist dem Rat zur Beschlußfassung vorzulegen.

Über die Festsetzung der Elternbeiträge sowie über die Aufteilung der Betriebskosten ist vor Beginn der Krippengruppe und vor der Einstellung von Personal eine Vereinbarung zwischen den beteiligten Gemeinden zu treffen. Diese Vereinbarung ist dem Rat zur Beschlußfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0

TOP 6.) Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren Ludwigslust Antrag der Teilnehnergemeinschaft auf Beteiligung an den Verfahrenskosten (u.a. Melkerweg) DS 09/2010

SG-Bgm. Voige überreicht den übrigen Ratsmitgliedern eine Tischvorlage der Teilnehnergemeinschaft mit dem Titel „Anmerkungen zu der öffentlichen Drucksache 09/2010 des Rates der Gemeinde Häuslingen“ zur Kenntnis.

Die Bürgermeisterin erläutert die Drucksache. Dadurch, daß es sich um eine Flurbereinigungsmaßnahme handele, würde es insgesamt zu einer Förderung von 75 % kommen. Dies würde bedeuten, daß bei einer Höhe von 100.000 € Kosten nur eine Summe von 25.000 € zwischen den Anliegern und der Gemeinde aufgeteilt werden müsse, was wesentlich günstiger als eine normale Straßenbaumaßnahme sei.

Die Anlieger fordern in ihrem ursprünglichen Antrag eine Kostenübernahme von 15 % der Gesamtkosten durch die Gemeinde, in der eben überreichten Tischvorlage nunmehr eine Beteiligung von 12,5 % zuzüglich des Verkaufserlöses für das Brückenbauwerk, was einer hälftigen Kostenaufteilung zwischen Gemeinde und Anliegern entspräche.

Die Bürgermeisterin möchte sich aber in Anlehnung an andere vergleichbare Projekte für eine 10% Beteiligung aussprechen, damit sich niemand aus vorangegangenen Vorhaben benachteiligt fühle. Auch solle man hier keinen Präzedenzfall für die Zukunft schaffen. Ferner macht sie darauf aufmerksam, daß bei der notwendigen Vermessung in diesem Bereich das Grundstück der Buswendeschleife eventuell gleich kostenlos mitvermessen werden könnte.

Ratsherr Gudehus spricht sich für eine Kostenübernahme in Höhe von 12,5 % aus und gibt zu bedenken, daß man dieses Projekt nicht mit einer anderen Maßnahme vergleichen könne.

SG-Bgm. Voige wirbt für eine höhere Kostenübernahme. Die Gemeinde habe erhebliche Vorteile durch das von den Anliegern beantragte Flurbereinigungsverfahren, auch im Hinblick auf touristische Zwecke, z.B. für den Radrundweg. Wenn man den Weg im normalen Verfahren ausbauen würde, kämen weitaus höhere Kosten auf die Gemeinde zu.

Die Ratsherren Lüchau und M. Dettmer sprechen sich für eine 10%ige Kostenübernahme aus. Den überwiegenden Nutzen der Straßenbaumaßnahme habe nach ihrer Auffassung der dort ortsansässige Landwirtschaftsbetrieb, der Nutzen für die Gemeinde halte sich dagegen in Grenzen. Auch sie sind der Meinung, man solle hier keinen Präzedenzfall schaffen.

Ratsherr Gudehus beantragt, die Beschlußvorlage dahingehend zu ändern, daß sich die Gemeinde mit einem Anteil von 12,5% an den Gesamtkosten des Verfahrens beteilige.

Der Antrag wird angenommen, es kommt zur Abstimmung über die Beschlußvorlage – Änderung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
Ja 3 Nein 5 Enthaltung 0

Damit verbleibt es bei der bisherigen Beschlußvorlage der Drucksache.

SG-Bgm. Voige verläßt das Sitzungslokal, da er als Anlieger betroffen ist.

Beschluß:

Der Rat der Gemeinde Häuslingen beschließt :

Die Gemeinde Häuslingen beteiligt sich mit einem Anteil von 10 % an den Gesamtkosten des „Beschleunigten Zusammenlegungsverfahrens Ludwigslust“.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja Nein Enthaltung
6 0 2

SG-Bgm. Voige nimmt wieder am Sitzungstisch Platz.

TOP 7.) Aktuelle Planungssituation Buswendeschleife Ludwigslust

Die Bürgermeisterin gibt dem Rat der Gemeinde Häuslingen einen kurzen Überblick über das Bauvorhaben Buswendeschleife. Da die Bauämter der beteiligten Gemeinden zurzeit überlastet seien, mußte ein Planungsbüro mit der Ausarbeitungen der Ausschreibung beauftragt werden, so daß Mehrkosten entstehen. Anders sei es aber nicht möglich, das Vorhaben endlich umzusetzen. Die Ausschreibung soll Anfang Juli abgeschlossen sein, so daß dann kurzfristig der Verwaltungsausschuß über die Vergabe entscheiden und man zügig mit dem Bau beginnen könne.

Mit dem Grundstückseigentümer wurde ein Gestattungsvertrag abgeschlossen, so daß mit dem Bau bereits vor der Vermessung begonnen werden kann.

Ratsherr Torsten Gudehus fragt nach, ob man, da es durch das Planungsbüro teurer werde, nicht eine Kostenänderungsschätzung durchführen müsse. Die Bürgermeisterin erläutert, daß die Bedingungen für günstigere Ausschreibungsergebnisse zur Zeit sehr gut seien, so daß die Kosten den geplanten Rahmen wohl nicht übersteigen werden.

TOP 8.) Bekanntgaben aus der Gemeinde und Samtgemeinde

Die Bürgermeisterin unterrichtet den Rat der Gemeinde Häuslingen über die Genehmigung des Haushaltes für das Jahr 2009.

SG-Bgm.Voige informiert über den Radwegebau an der Landstraße L 159, Lückenschluß zwischen Häuslingen und Hodenhagen.

Da dies ein sehr wichtiges Projekt sei, stünden zwei Teilbauvorhaben auf der Prioritätenliste des Landkreises auf Platz 4 und 8. Dies sei zum einen die Verbindung Häuslingen - Altenwahlen bis Böhme und zum anderen Böhme - Bierde bis Hodenhagen. So, wie es im Moment aussehe, könne im nächsten Jahr die Umsetzung des ersten Vorhabens realisiert werden.

Die schlechte Nachricht sei, daß die Förderung für diese Vorhaben in Bezug auf die Wirtschaftskrise von 50% auf 25% gekürzt worden sei.

TOP 9.) Anfragen der Ratsmitglieder

Ratsherr Boeck möchte wissen, ob es in Bezug auf den Freizeitsee etwas Neues von der Samtgemeinde zu berichten gibt.

Herr Voige informiert, daß dieses Unterfangen zur Zeit ruhe. Der Eigentümer hoffe auf eine Einigung mit den Grundstückseigentümern in diesem Bereich.

Ratsherr Lüchau möchte wissen, wer den Austausch der beschädigten Schwellen in den Bereichen Eilstorfer Weg, Mühlenstraße und Bahnhofstraße vorgenommen hat.

Die Bürgermeisterin teilt mit, daß diese Arbeit der Gemeindearbeiter ausgeführt hat und die Rechnung an die Samtgemeinde weitergeleitet wurde.

Desweiteren möchte er wissen, wie weit es mit dem schnelleren DSL-Anschluß für unsere Gemeinde aussieht .

Der Samtgemeindebürgermeister bezieht zu diesem Thema Stellung und berichtet, daß es bei uns im Moment deutlich besser aussehe als in den Nachbarkreisen. Ab Ende des Jahres soll es hier zu einer Verbesserung der Funklösung kommen. Dazu werden in unserem Landkreis die bestehenden Funkmasten mit der neuen HSDPA-Technologie ausgerüstet, allerdings müsse im Moment noch der Landkreis dieser Maßnahme zustimmen. 80% soll im ländlichen Raum durch Funkversorgung stattfinden, erst später soll das Breitbandnetz parallel dazu ausgebaut werden

TOP 10.) Einwohneranfragen

Herr Voige fragt in seiner Eigenschaft als Teilnehmer des vereinfachten Zusammenlegungsverfahrens Ludwigslust an, ob die Gemeinde sich darüber bewußt sei, daß durch den vorher gefaßten Beschluß in Bezug auf die Kostenbeteiligung der Gemeinde eine neue Kostenabsprache zwischen den Teilnehmern, auch hinsichtlich der Vermessung des Melkerweges und der Buswendeschleife, stattfinden müsse.

Die Bürgermeisterin gibt zu verstehen, daß sich die Gemeinde darüber im Klaren sei, der Beschluß sei aber nun einmal so gefaßt worden.

Ende der öffentlichen Sitzung : 21:40 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung : 21:45 Uhr

B. Nichtöffentlicher Teil

Dr. Kathrin Wrobel
Bürgermeisterin

Annedore Blank
Protokollführerin